BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Braker Stadtrat – Schrabberdeich 1 – 26919 Brake

FRAKTION IM BRAKER STADTRAT

KIRSTEN GÜNTHER
DRAGOS PANCESCU
HANS-OTTO MEYER-OTT

Herrn
Bürgermeister
Michael Kurz
Schrabberdeich 1
26919 Brake (Unterweser)

14.03.2018

Antrag unserer Fraktion zum nächsten Ausschuss für Bau,Planung,Umwelt und Verkehr am 26.04.18 und Stadtrat am 14.06.2018

Sehr geehrter Herr Kurz,
unsere Fraktion stellt nachfolgenden **Antrag** m.d.B. ihn zunächst im vg. Fachausschuss und danach im darauffolgenden VA und darauffolgenden Stadtrat auf die Tagesordnung zu nehmen, dort diskutieren und abstimmen zu lassen :

Der Stadtrat möge wegen seiner besonderen Betroffenheit beschließen und Landkreis, NMU und BMU schriftlich aufzufordern sich dem anzuschliessen :

1. **Die Stadt Brake lehnt die Annahme von sogenanntem „freigemessenen“ radioaktivem Abfall vom Rückbau des AKW Esenshamm auf der Deponie Käseburg auch aus Gründen der Nichtgeeignetheit (siehe Strahlenschutzverordnung, Teil C,Punkt 3) ab.**
2. **Durch die sogenannte „Freigabe“ gering radioaktiven Restmülls in die allgemeine Wiederverwertung und der Lagerung auf normalen Mülldeponien wird die Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten völlig unnötig und vermeidbar zusätzlichen Strahlenbelastungen ausgesetzt.**

Die Stadt Brake fordert insbesondere Landes- und Bundesregierung auf, sich zur Minimierung der gesundheitlichen Risiken für die Bevölkerung für eine Verwahrung auch des gering strahlenden Mülls auf dem Kraftwerksgelände und eine Neukonzeption (z.B. bessere und sichere Endlager) einzusetzen (siehe Deutscher Ärztetag(Mai 2017).

Die vom BMU freigegebene Rückbaugenehmigung des AKW Esenshamm (öffentliche Bekanntmachung 21.2.18) sieht auf Seite 339 ausdrücklich vor, dass das BMU unter Mitwirkung der Länder eine Bilanzierung der Abfallströme und Neukonzeption betreiben könne. Land (Bundesratsinitiative) und Bund sind aufgefordert dies unverzüglich anzugehen, auch weil es medizinisch keinen unteren Schwellenwert für die schädigende Wirkung radioaktiver Strahlung gibt.

Ihr Kontakt zu uns:
Dragos Pancescu, Zedernring 102, 26919 Brake Gruene@Gruene.pancescu.de

Begründung:

Die Vertreter der Landesärztekammer Baden-Württemberg und der Deutsche Ärztetag haben in 2016 und 2017 Entschließungen verabschiedet, in denen sie vor der Verharmlosung möglicher Strahlenschäden durch die allgemeine Wiederverwertung gering radioaktiven Restmülls aus dem Rückbau von Atomkraftwerken oder deren Einbau in konventionelle Bauschuttdeponien warnen.
Bei einem Symposium der Landesärztekammer Baden-Württemberg am 3. Februar 2018 in Stuttgart wurde übereinstimmend festgehalten, dass für die schädliche Wirkung ionisierender Strahlung auf die Gesundheit auch im Bereich kleiner Dosen keine Schwellenwerte bestehen. Einigkeit herrschte bei Referenten und Teilnehmern darüber, dass die allgemeine Wiederverwendung und die Deponierung gering radioaktiven Restmülls aus dem Rückbau von Atomkraftwerken ein geringes, aber zusätzliches gesundheitliches Risiko beinhaltet.
Die erwartete Menge des Bauschutts aus dem Rückbau des Atomkraftwerks übertrifft die Menge des erwarteten Mülls aus der Wesermarsch um fast das Doppelte.
Die Strahlenschutzverordnung lässt die Einlagerung prinzipiell nur auf Deponien mit einer Gesamteinlagerungsmenge von 10.000 to/Jahr zu. Diese Menge wird in Brake-Käseburg (uneingeschränkte Freigabe und Freigabe zur Beseitigung) bei Weitem nicht erreicht.

Ein ernsthaftes und ergebnisoffenes Beteilungsverfahren für Bürger im Umfeld der Deponie Käseburg und der nahegelegenen Stadt Brake und des Arbeitskreises Wesermarsch (Regionalkonferenz der BIs Umweltschutz) an diesen Fragen hat es bisher nicht gegeben.

Mit freundlichen Grüssen
i.A. Hans-Otto Meyer-Ott

Ihr Kontakt zu uns:
Dragos Pancescu, Zedernring 102, 26919 Brake Gruene@Gruene.pancescu.de